

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt-Rieser
Gemein Nr. 24
Verlag Nr. 24

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Wirtschaftsausschüsse des Reichsgerichts und des Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptkollektors Reichs beschuldiger bestimmt.

Verlagsnummer
Gesamtes 1400
Stückpreis
Rieser Nr. 24

Nr. 291.

Dienstag, 15. Dezember 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Postgebühren. Für den Fall des Austritts von Produktionsgemeinschaften, Gesellschaften der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (8 Zeilen) 20 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Best. Tarife für Bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Unter: (Lungens) beilager Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreis und Verlag: Danner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Postfach 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Diermann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Die Reparationsausprache lebt mächtig auf.

Die Zeit der Diskussion ist vorbei. Die Reparationsausprache müssen sich entscheiden, ob sie Deutschlands Außenhandel bilden und fördern oder auf die Zahlung von Reparationen und die Rückzahlung gewährter Kredite verzichten wollen. Das ist die klare Fragestellung, vor der Reichsanwalt Dr. Brüning auf dem Jahreskongress der amerikanischen Handelskammer in Berlin unsere Gläubiger stellte. Kalonisch sagte er hinzu: „Die Zeit der Diskussion ist vorbei.“ Das ist sicher die allgemeine Auffassung des deutschen Volkes, doch haben die Franzosen, wie uns scheint, sich zu dieser Erkenntnis noch längst nicht durchgerungen. Tagelang hämmert es offenbar schon mächtig in Amerika, was sich aus der Antwort des amerikanischen Vorkämpfers Sadett auf die Kanzlerrede deutlich ergibt, die in ihrem Höhepunkte wörtlich folgendes herausstellte: „Die Lage verlangt nach internationaler finanzieller Zusammenarbeit zu dem Zwecke, daß die rückförende Prosperität in der Welt sich nicht überlastet findet mit dem drohenden Schatten der Arbeitslosigkeit.“

Die Reparationsfrage stand während der letzten Tage auch in der amerikanischen Presse im Vordergrund. Selbst jene großen Zeitungen, die vor wenigen Jahren noch vollkommen deutschfeindlich waren, kämpfen heute Seite an Seite mit jenen Organen, die auf die Tringlichkeit einer sofortigen und unvollständigen Lösung der Reparationsfrage hinweisen und die französische Verantwortung für die bestehenden Schwierigkeiten stark herausstellen. In einer bisshen Polemik gegen Frankreich schreibt die Londoner „Morning Post“, daß Englands Politik eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu bringen, vollständig selbige ist. Der im Falle eines Scheiterns der Reparationsverhandlungen drohende Bankrott Deutschlands bedeutet gleichzeitig den Bankrott Englands. Daß alle führenden englischen Zeitungen schreiben in den letzten Tagen in diesem Sinne. Eine vielbemerkte Ausnahme bildet lediglich „Investor Chronicle“, ein erstes Londoner City-Blatt, das darauf hinweist, daß England in Deutschland nur 55 Mill. Pfund Sterling in kurzfristigen Krediten haben, die Amerikaner dagegen 550 Mill. Pfund! Die Absichten dieser Taktik sind durchsichtig. Die Engländer wollen eben auf der bevorstehenden politischen Konferenz der Gläubigermächte mit Deutschland ihre heute noch recht schwache Position nach Möglichkeit und besten Kräften stärken.

Für die deutsche Reichsregierung ist die Marschroute vorsehen. Mit aller Offenheit und völliger Kohärenz, erklärt unser Reichsfinanzminister Reibel, aber auch mit absoluter Klarheit, ist der deutsche Standpunkt zu vertreten und zu verteidigen, daß Reparationszahlungen, wie sie nach dem Dawes- und Young-Plan gefordert wurden, weder der Größenordnung, noch dem System nach weitergezahlt werden können, nachdem diese ganze Methode durch die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wie der Weltwirtschaft sich restlos als Sinnlosigkeit herausstellte. An Frankreich liegt es, ob es durch ein starkes Festhalten an überholten Konstruktionen und Gedankenengungen der Vergangenheit, wie Reichsanwalt Dr. Brüning in einer seiner letzten Reden sagte, die Befundung Europas weiter verzögern, oder durch Anerkennung der Tatsachen, die sich durch die Weltkrise praktisch ergeben haben, einer wirklichen Lösung des Problems den Weg bereiten will.

Die letzten Erklärungen des amerikanischen Schatzkanzlers Mellon über die Schuldfrage haben vorerst in Berlin nur einen schwachen Widerhall gefunden. Trotzdem ist sie von großer Wichtigkeit. Glaubt noch jemand in Amerika, fragte der Schatzkanzler, daß Amerika von Deutschland Zahlungen aus dem Konto der Kosten der Besatzungsarmee verlangen sollte, wo es doch klar ist, daß auf diese Forderungen hin unweigerlich andere Forderungen von Deutschland Reparationszahlungen verlangen würden? Welcher einseitige Kaufmann oder Bankier würde sich weigern, die geänderten Umstände eines Schuldners in Betracht zu ziehen, dessen ungedeckte Schuldscheine er befäße? Deutschland, Österreich, Ungarn und eine Reihe anderer Länder hätten in ihrem Besitz kaum genug ausländische Zahlungsmittel, um auch nur einen bescheidenen auswärtigen Handel mit der Welt zu treiben.

Ein ganz anderes Echo fanden die finanzpolitischen Erklärungen Mellons zur Schuldfrage in England. Der 15. Dezember ist für die amerikanischen Kriegsschuldner Termin. Der amerikanische Kongress verhandelt aber über das Hoover-Moratorium weiter und billigt weitgehend die Forderungen der Amerikaner, ohne daß die Engländer, Franzosen, Belgier und Italiener die fälligen Kriegsschuldenscheine an Amerika entrichten. Die Bewandlung der Kriegsschulden mit der Reparationsfrage, die von Frankreich erneut gefordert wird, lehnt die erdrückende Mehrheit des Kongresses kategorisch ab. Aus den Erklärungen Mellons wollen die Engländer aber herauslesen, daß die Regierung des Präsidenten Hoover England in der Schuldfrage eine Art Sonderbehandlung zubilligt. Sie rechnen nämlich auf eine gemeinsame englisch-amerikanische Front in dieser Kernfrage und pressen in ihrer Sonntagspresse den amerikanischen Schatzkanzler als den „Champion des Britischen Reichs“, weil er die gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Englands ausdrücklich als eine Sonderlage gegenüber allen anderen europäischen Ländern hinstellt. Die sich hier offenbarende Entschlossenheit des amerikanischen Volkes ist beachtlich.

Die Baseler Besprechungen gehen ihrem Ende entgegen.

Basel (Schweiz). In den privaten Besprechungen der Hauptmitglieder des beratenden Sonderausschusses, die sich gestern bis in die späten Nachmittagsstunden hinzogen, hat man sich, wie verlautet, darauf geeinigt, die Anteritzung des Ausschusses einem Komitee zu übertragen, das sich folgendermaßen zusammensetzt: Belgien (Deutschland), Frankreich (Frankreich), England (England). Die endgültige Entscheidung über die Zusammenfassung trifft der Ausschuss, der heute zu einer Vollversammlung zusammengetreten ist und voraussichtlich schon heute vormittags dieses Reaktionskomitee ernennen wird. Der Ausschuss wird vermutlich heute seine Untersuchung der Wirtschaft und Finanzlage Deutschlands abschließen, und zwar, wie bereits gemeldet, mit einer Prüfung der Lage der deutschen Reichsbahn. Für den Nachmittag ist keine Sitzung vorgesehen. Es ist wahrscheinlich, daß die mit der Anteritzung des Ausschusses beauftragten Persönlichkeiten bereits am Nachmittag ihre Arbeit aufnehmen. Damit gehen die Arbeiten des Baseler Ausschusses ihrem Ende entgegen. Es werden aber bestimmt noch mehrere Tage vergehen, bis der Bericht der Vorkommission zur Genehmigung vorgelegt werden kann.

Collins Beurteilung der Reparationsfrage.

Basel. In dem gestrigen Exposé Collins im Beratenden Sonderausschuss über die weltwirtschaftlichen Auswirkungen der Reparationszahlungen ist zu bemerken, daß der Ausschuss, der bis jetzt hauptsächlich die Darlegungen der deutschen Vertreter entgegengenommen hat, Wert darauf legte, über diesen Fragenkomplex von einem neutralen Sachverständigen unterrichtet zu werden. Collins hat in dem vergangenen Jahre Gelegenheit gehabt, diese Seite des Problems der deutschen Zahlungsfähigkeit besonders zu studieren. Es darf daran erinnert werden, daß Collins auf der letzten Völkerbundstagung im September und zwar im Wirtschaftsausschuss sich sehr freimütig über die Frage der Reparationen ausgesprochen hat. Er erklärte damals, es sei unmöglich, diese Frage zu übergehen, wenn man sich über die gegenwärtige Krise ein Bild machen wolle. Denn die Transferierungen, führte Collins seinerzeit aus, hätten sich

als absolute Unmöglichkeit herausgestellt, einmal, weil die Reparationen nicht auf wirtschaftlichen Gründen beruhen, ferner weil die Gläubiger sich weigerten, den für die Bezahlung notwendigen Export aufzunehmen. Collins wies weiterhin auf den zeitlich begrenzten Charakter des Hoover-Moratoriums hin und betonte, daß im Hinblick darauf schärfste Maßnahmen getroffen werden müßten, um der Situation nach Ablauf des Moratoriums rechtzeitig zu begegnen.

Wie verlautet, hat sich Collins gestern über die funktionsstörenden Wirkungen der Reparationen in demselben Sinne ausgesprochen, wie damals in Genf. Er hat seine Auffassung eingehend begründet und erläutert.

Phantastischer Bericht der „Daily Mail“ über die Baseler Verhandlungen.

London. Der Sonderkorrespondent der „Daily Mail“ in Basel glaubt, über den Inhalt der zu erwartenden Empfehlungen des Beratenden Ausschusses Mittelungen machen zu können, die die Sachlage weitestgehend völlig verfehrt wiedergeben. Die angeblichen Informationen des Korrespondenten stellen in ihrer Gesamtheit eine Gehässigkeit gegenüber Deutschland dar und lassen im Grunde jedes Verständnis für die eigentlichen Schwierigkeiten Deutschlands innerhalb der Weltkrise vermissen. Dem Bericht zufolge soll der Ausschuss angeblich zu der Überzeugung kommen, daß Deutschland in zwei Jahren wieder zahlungsfähig sei, da sich die deutsche Wirtschaft erholungsgemäß immer schnell erhole. Von irgendeiner Rücksicht auf die gesamte Weltkrise fehlt der Bericht der „Daily Mail“ überhaupt ab. Der Ausschuss soll angeblich formal dem französischen Standpunkt Rechnung tragen, wobei unter anderem auch die deutsche „Beschwerdeauskunft“ eine Rolle spielen soll. Im Endergebnis werde der Ausschuss, wie der phantastische Korrespondent schließlich, zu einer Verlängerung des Zahlungsaufschubs um zwei Jahre kommen, wobei für die ungeschützten Zahlungen wie beim Hoover-Moratorium wiederum Reichsbahnobligationen an die V.V. gegeben werden sollen.

Reichswehrminister Groener über die Abrüstung.

Berlin, 15. Dezember.

Reichswehrminister Dr. Groener gewährte einem Vertreter eines amerikanischen Korrespondenzbüros ein Interview, in dem er sich mit den Fragen der Abrüstung befahte.

Auf die Frage, ob man den sogenannten Wehrverbänden — Stahlhelm, Reichsbanner, S.-A. — als personellen Faktor des deutschen potentiell der guerre einen militärischen Wert als Reserve der Reichswehr bemessen könne, erwiderte der Minister, die Behauptung von einem militärischen Wert der Verbände sei eine Legende. Deutschland kenne keine militärische Jugendausbildung wie die Nachbarstaaten. Die sportliche Betätigung der deutschen Wehrverbände habe mit militärischer Ausbildung nichts zu tun, sonst müßte auch jeder Turnverein und jeder Ausflug der Schuljugend ins Gelände zum potentiell der guerre jedes betreffenden Landes zu rechnen sein. Den deutschen Wehrverbänden fehle es außerdem an Waffen jeder Art. Die alten Kriegswaffen müßten vernichtet werden, neue dürfen nur für die Zwecke der Reichswehr von wenigen genau bestimmten Fabriken und nur für die Reichswehr angefertigt werden. Auch die Reichswehr selbst verfüge nur über eine Garnitur von Waffen, so daß eine Bewaffnung der Verbände aus Reichswehrbeständen unmöglich ist. Ebenso unmöglich ist die Mobilisierung der privaten Organisationen zu innerpolitischen Zwecken, um sie etwa als Reserve der Polizei und Wehrmacht einzusetzen.

Auf die Frage nach dem militärischen Wert der deut-

lichen Zivilflugzeuge und der französischen Forderung auf Schaffung einer Völkerbundflotte erwiderte der Reichswehrminister u. a., der Kampf eines in ein Kriegsfeld umgebautes Handelsflugzeuges würde sein wie ein Kampf zwischen einem bewaffneten Handelsdampfer und einem modernen Kreuzer. Aber selbst, wenn ein solcher Umbau theoretisch möglich wäre, was bedeutet die geringe Zahl derartiger umgebautes deutscher Flugzeuge gegen die französische Militärlotte, die nach den Worten des französischen Luftfahrtministers über 2800 Flugzeuge ohne Reservebestände umfaßt?

Während die Nachbarstaaten ihre Grenzen durch neuzeitliche Befestigungen mit ungeheurem Weltaufwand sperren, darf Deutschland an der Ost- und Südgrenze keine Befestigungen anlegen und mußte an der Westgrenze beiderseits des Rheins eine entmilitarisierte Zone einrichten. Dasselbe Verhältnis der militärischen Stärke besteht auch in der Seerüstung.

Aus diesem Unterschied an Recht und Macht und aus den feierlichen Verpflichtungen der Siegermächte, dem deutschen Volk in der Abrüstung zu folgen, ergeben sich die Grundzüge der deutschen Abrüstungspolitik, die zusammengefaßt lauten: Gleichberechtigung, Gleichheit in den Methoden der Abrüstung und gleiche Sicherheit für alle Völkerbundsmittglieder. „Sicherheit durch Abrüstung“ und nicht „erster Sicherheit, dann Abrüstung“, heißt die Parole für die Abrüstungskonferenz von 1932 und für die Befundung der Welt in wirtschaftlicher, politischer und moralischer Hinsicht.

Sozialdemokratie und Notverordnung

Berlin, 15. Dezember.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm zur neuen Notverordnung eine längere Entschiedenheit an, worin die Reichstagsfraktion jede Verantwortung für jene Teile der Notverordnung ablehnt, die eine neue Belastung der Arbeitnehmer mit sich bringen. Sie protestiert gegen die Eingriffe in das Tarifrecht und gegen die Senkung der Löhne, Gehälter und Soziallasten.

Dann wird festgestellt, daß die Sozialdemokratie bei den Parteien der verantwortungslosen Opposition keine Unterstützung finde und deshalb nicht in der Lage sei, eine Regierung bilden zu können, die an Stelle der jetzigen Notverordnung etwas Besseres setzen könnte.

Nach einem Hinweis auf die Regierungserklärung über die Beschäftigungsbedingungen zwischen Löhnen und Preisen erklärt

die Reichstagsfraktion, für sie würde eine neue Lage entstanden sein, wenn sich herausstellte, daß die Senkung der Preise mit der Senkung der Löhne nicht Schritt hält. Für diesen Fall müsse sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre weiteren Entschlüsse vorbehalten. Dann wird die Befreiung des deutschen Volkes von den unträglichen Reparationslasten verlangt. Schließlich wird an die Regierung die Aufforderung gerichtet, dem Treiben des Nationalsozialismus einen festen Damm entgegenzusetzen.

Zahlungseinstellung norwegischer Banken

Oslo, 15. Dezember. Die Nordist Kreditbank Oslo und die Bergens Privatbank, Bergen und Oslo, stellen mit dem heutigen Dienstag ihre Zahlungen ein. Das Kabinett hat beschlossen, die sich aus der Zahlungseinstellung ergebenden üblichen Folgen um drei Monate zu verschieben.